

KONZERNE

BENZIN-KRIEG

Weißer Riesen

Als sein Konzern den Benzinpreis senkte und ihm dabei die Provision kürzte, wußte der Delmenhorster Tankstellen-Stationär Fritz Kuhlmann, 46, nicht mehr ein noch aus: Er erhängte sich in der Waschhalle seiner Shell-Station.

In Berlin veranstalteten 700 Zapfmänner mit über 400 Personenwagen eine Protest-Fahrt über den Kurfürstendam, in Duisburg taten es ihnen 1000 Tank-Kollegen gleich, und in Dortmund charterten werbekundige Demonstranten eine einmotorige Piper 18 und ließen einen Flor mit der Aufschrift „Tankstellen haltet zusammen“ über den grauen Himmel der Ruhr ziehen.

Zu der Protestfront hat die Preispolitik der großen Mineralölkonzerne Esso, Shell, BP, Dea/Texaco und Aral die Tankstellenbesitzer und -pächter

Vorsitzender des Zentralverbandes des Tankstellen- und Garagengewerbes.

Doch bereits heute steht fest, daß die mächtigsten unter den 5600 freien Benzinverkäufern sich keinesfalls aus dem Markt boxen lassen werden, nämlich die umsatzstarken Verbrauchermärkte, Einkaufszentren und Cash-and-carry-Großmärkte. Für sie ist das billige Benzin nur ein Lockvogel-Angebot an die motorisierten Kunden, denen sie notfalls auch unter dem Selbstkostenpreis den Tank füllen wollen. Durch die Schläuche dieser 900 weißen Riesen sprudeln heute bereits zwei Fünftel des freien Benzins.

Aber auch die übrigen freien Zapfer versuchen, mit der Waffe der Preissenkung gegen die Konzerne zurückzuschlagen. So setzte der Mönchengladbacher Sprit-Abfüller Hans Heinen seinen Preis auf den derzeit niedrigsten Stand in der Bundesrepublik herab: auf 47,9 Pfennig. Tankstellen-Obmann Erner befürchtet, daß „in diesem Konkurrenzkampf tausende Betriebe aufgeben“ werden.



Tankstellenpächter-Protest in Duisburg: Müssen Tausende aufgeben?

zusammengeführt. Die Gesellschaften waren Anfang Dezember mit drastischen Preissenkungen bis zu zwölf Pfennig pro Liter Normalbenzin zum Großangriff gegen ihre schärfsten Konkurrenten, die sogenannten weißen Tankstellen, angetreten. Die Öl-Riesen mochten es nicht länger hinnehmen, daß die Konzernfreien mit billigem Sprit aus anonymen Quellen von Jahr zu Jahr einen größeren Marktanteil errangen — 1968 nahezu 25 Prozent (SPIEGEL 47/1968).

Ihren Preiskampf gegen die weißen Zapfsäulen wollen die Ölgesellschaften jedoch nicht allein finanzieren. Sie verlangen von ihren Tankstellen-Konzessionären, den Feldzug durch Verzicht auf einen Teil ihrer Provision mitzutragen. Um renitente Tankmänner auf Konzernkurs zu zwingen, liefern Aral und Gasolin erst nach Anerkennung der geschmälerten Provision billigeres Benzin.

„Viele büßen monatlich 700 bis 900 Mark ein“, vermutet Horst Erner,

Von den Wettbewerbs-Wächtern im Berliner Bundeskartellamt haben die attackierten Tankstellen-Besitzer keine Hilfe zu erwarten. Dr. Heinz Ewald, Leiter der Beschlußabteilung Marktbeherrschung, erklärte: „Wir würden gern etwas tun, wenn wir könnten.“

Zweimal in den letzten Jahren versuchten die Kartellbeamten vergeblich, die mächtigen Öl-Konzerne des Mißbrauchs ihrer marktbeherrschenden Stellung zu überführen:

- ▷ 1966, als die Gesellschaften — wie heute — die Preise stark senkten, um den freien Tankstellen die Luft abzuschneiden, und
- ▷ 1967, als sie in der Nahost-Krise die Preise heraufsetzten und nach Beendigung des arabischen Öl-Boykotts nicht wieder zurücknahmen.

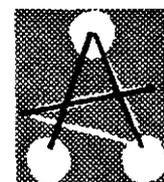
Diesmal resignierten die Berliner Kartellbeamten, ehe der Benzinkrieg recht begann, da mit ihren „grobschlächtigen rechtlichen Mitteln“ doch nichts auszurichten sei. „Wir haben es“, deutete Jurist Dr. Ewald die Lage,



Moderne Methoden kann man nicht wie Medizin einnehmen

Aber eine moderne Betriebsorganisation kann buchstäblich Medizin für Sie sein. Vorbeugende Medizin gegen eine Krankheit, die so überwiegend Manager überfällt, daß Sie sogar deren Namen trägt. Ihre Überlastung ist oft genug die Folge nicht genügender Auslastung Ihrer Mitarbeiter.

Stellen Sie Ihr Unternehmen auf die „Führung im Mitarbeiterverhältnis“ um. Unsere Chef- und Middle-Management-Kurse sowie unser Fernkurs „Menschenführung und Betriebsorganisation“ bereiten Sie und Ihre Mitarbeiter darauf vor. Nicht umsonst ist das Harzburger Modell weithin so bekannt. Informieren Sie sich bitte ausführlich über das Ausbildungsprogramm.



Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft
Akademie für Fernstudium

3388 Bad Harzburg, Postfach 243

„mit einer großen Marktberingung zu tun, bei der man mit dem Gesetz nichts unternehmen kann.“

Damit das Großreinemachen nicht in einen Vernichtungskampf ausufere, bat Wirtschaftsminister Schillers Staatssekretär Klaus Dieter Arndt am Mittwoch vergangener Woche Konzernherren und Tankstellensprecher zum Gespräch nach Bonn.

Sieben Stunden lang verhandelten die Kontrahenten, dann vertagten sie sich ergebnislos bis Januar. Nur zu einem mageren Waffenstillstand vermochte sie Arndt vor der Abreise noch zu bewegen: Die Öl-Truhs werden opponierenden Tankstellen-Pächtern keine Kündigungsbriefe mit der Weihnachtspost ins Haus schicken.

BUNDESLÄNDER

RHEINLAND-PFALZ

Teure Hunde

Helmut Kohl, 38, CDU-Chef und designierter Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, baumelte als Strohpuppe am Galgen. An Rhein und Mosel formierten sich aufgebrachte Landeskinder zum Protest gegen den Christdemokraten.

Eifel-Bauern versperren mit Traktoren Delegierten und Gästen des CDU-Landesparteitages im April den Weg zum Tagungsort Trier. Im Westerwald riefen Bürgermeister zum Wahlboykott auf, und in Hefloch (Kreis Worms) trat die zehnköpfige CDU-Fraktion des Gemeinderats geschlossen aus der Partei aus.

Auch in der CDU-Landtagsfraktion zu Mainz wurde Unmut laut. Besorgt um Wählergunst und demokratisches Ansehen, versagten Parlamentarier ihrem Fraktionschef die Gefolgschaft. Doch Kohl, der beweisen wollte, „daß nicht nur Generale in der Lage sind, die Landkarte zu verändern“, sprach entschlossen: „Mit dieser Sache gehe ich unter.“

Er ging nicht unter, er siegte. Am Dienstag letzter Woche wurde zum erstenmal in einem frei gewählten deutschen Landtag Gesetz, was, so CDU-Kultusminister Bernhard Vogel, „in Deutschland bisher nur in Diktaturen oder durch Dekrete von Militärregierungen möglich war“; 258 Städte und Gemeinden verschwinden von der Landkarte.

Sie werden in Großstädte eingemeindet wie die 8000-Seelen-Kommune Hechtsheim bei Mainz; zu neuen Mittelstädten vereinigt wie Ahrweiler, Bad Neuenahr und vier Randgemeinden; oder sie kommen unter einen Hut wie die Nachbarn Niederhattert, Mittelhattert und Oberhattert im Oberwesterwaldkreis. Je acht Dörfer werden allein nach Neustadt an der Weinstraße und nach Trier eingemeindet; die Landeshauptstadt Mainz erhält fünf neue Vororte.

Vom 7. Juni 1969 an, dem Eingemeindungs-Stichtag, gehören etwa 300 000 Rheinland-Pfälzer neuen Gemeinden an. Es ist die entscheidende Phase einer Verwaltungsreform, die Rhein-

land-Pfalz seit zwei Jahren — als erstes Bundesland — konsequent betreibt. Zwei von fünf Bezirksregierungen, elf von 39 Landratsämtern, 32 Amtsgerichte, 37 Gendarmerie-Stationen und zahlreiche andere Behörden und Amtsbezirke wurden bereits aufgelöst.

Die Eingemeindungen erwiesen sich als dringlich, weil Städte wie Mainz und Neustadt aus den Nähten platzen, Randgemeinden die großräumige Entwicklung hemmen — und die kleinen Gemeinden wiederum nicht mehr in der Lage sind, wie sich CDU-Innenminister August Wolters von Sachverständigen bestätigen ließ, die zahlreichen kommunalen Aufgaben wie Schulwesen, Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung in eigener Regie zu lösen. Zudem erhofft sich die Mainzer Regierung, Millionenbeträge einzusparen.

Als aber die reformfreudigen Parlamentarier den Fortbestand einiger



Protest-Plakat in Rheinland-Pfalz*
„Wir bleiben Böhler“

hundert Kommunen — zumeist Zwerggemeinden mit weniger als 200 Einwohner oder Randgemeinden von Großstädten — in Frage stellten, gingen die Dörfler auf die Barrikaden.

Gemeinderat Gerhard Meffle im Ortsparlament von Böhl (Kreis Ludwigshafen), das jetzt mit dem Nachbardorf Iggelheim vereinigt wurde, protestierte: „Wir sind Böhler, und wir bleiben Böhler.“ Und Böhls SPD-Fraktionschef Rudi Himmighöfer schrieb nach Mainz: „Was unsere Väter und Urgroßväter aufgebaut haben, werden wir nicht leichtfertig verschenken.“ Die Alsenborner Fußballer wollten nicht unter dem neuen Ortsnamen Enkenbach spielen, und Bingerbrück wollte sich nicht widerspruchslos Bingen unterordnen.

Aber mehr noch als die Fusionsquerelen verfeindeter Nachbardörfer

* Bei Neustadt an der Weinstraße.

und die lokalen Feuden um das neue Ortsschild schockierte innerparteiliche Opposition die Mainzer CDU-Reformer. Vornehmlich die eigenen Ortsverbände schürten den Bürgerprotest.

So rechnete die CDU des neuen Mainzer Vororts Laubenheim zum Beispiel auf Flugblättern vor, daß mit der Eingemeindung die Hundesteuer von 24 auf 60 Mark ansteige und der Volkswagen 16,5 Prozent mehr an Versicherung koste. Zum Schluß fragte der CDU-Ortsverband die Einwohner: „Wußten Sie, daß in Mainz selbst das Sterben um das Zehn- bis Fünfzehnfache teurer wird?“

Nach so viel Anti-Kohl-Propaganda war das Votum der betroffenen Bürger eindeutig: Fast 90 Prozent lehnten bei Befragungen in 53 rheinland-pfälzischen Orten Kohls Eingemeindungspläne ab.

Aber der Christdemokrat gab nicht auf. Im Bunde mit dem sozialdemokratischen Oppositionsführer Hans König gelang es ihm schließlich, die Mainzer Abgeordneten auf seine Seite und zu besserer Einsicht zu bringen: Wichtiger als das Recht der kommunalen Selbstverwaltung, argumentierte Kohl, sei der Verfassungsauftrag, überall für gleiche Lebensbedingungen zu sorgen. Unklar blieb vorerst nur der rechte Weg zum Ziel.

So hatten die Mainzer Parteien noch im Frühjahr das Zwangsmittel der Eingemeindung strikt abgelehnt und statt dessen mit anderen kommunalen Modellen experimentiert. Rechtsgutachten und langwierige Anhörverfahren führten jedoch kurz vor der Sommerpause zu der Überzeugung, daß Gebietskörperschaften oder Mehrzweckverbände keine rechte Lösung seien: Auch in solchen lockeren Zusammenschlüssen hätten die Großstädte die Umlandgemeinden majorisiert; die Selbständigkeit wäre nur dem Namen nach erhalten geblieben.

CDU-Chef Kohl und SPD-Oppositionsführer König setzten deshalb Anfang Juli in ihren Fraktionen über Nacht einen gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und FDP durch, der kategorisch die Eingemeindung verfügte. In 76 der zunächst vorgesehenen rund 400 Fälle ließen sich die Parlamentarier allerdings überzeugen, daß Fusion oder Anschluß wegen zu großer Entfernungen nicht die rechten Mittel seien. So wurde vorerst auch der Ballungsraum Koblenz / Andernach / Neuwied ausgeklammert; ein Gutachten für 65 000 Mark soll dort zunächst die Struktur klären.

Schon im Januar steht Rheinland-Pfalz die nächste Reformwelle bevor. Dann wird über weitere 30 Eingemeindungen und 180 Dorf-Fusionen entschieden. Der Landtag will die Mainzer Regierung zudem ermächtigen, per Verwaltungsakt noch rund 300 Zwergdörfer verschwinden zu lassen.

CDU-Fraktionschef Kohl: „Dieser Zug fährt nur alle paar Jahrzehnte mal durch die Geschichte. Wir dürfen ihn nicht verpassen.“